

Sozialdemokratischer PresseDienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 09 86 846-48 ppbn d

Inhalt

Bundesminister Marie Schlei: Die Entwicklungspolitik hat 1977 einen großen Sprung nach vorn getan.

Seite 1/2

Bundesminister Egon Franke zieht deutschlandpolitische Jahresbilanz: In der sachlichen Arbeit vorangekommen.

Seite 3

Anke Martiny MdB spricht sich dafür aus, die bestehenden Lücken im Verbraucherschutz zu schließen.

Seite 4/5

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
PresseDienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 68 11

32. Jahrgang / 249

29. Dezember 1977

Ein großer Sprung nach vorn

Entwicklungspolitik ist dabei, eine Politik wie jede andere zu werden

von Marie Schlei MdB

Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die Entwicklungspolitik hat 1977 einen großen Sprung nach vorn getan. Parteien, Parlament, Gewerkschaften haben sich mehr als zuvor engagiert. Die Zusammenarbeit mit den traditionell der Entwicklungspolitik verbundenen Gruppen, den Kirchen, den privaten Trägern, ist eng geworden.

Daß Willy Brandt den Vorsitz der Nord-Süd-Kommission übernommen hat, ist ein Beweis dafür, welches Vertrauen die Welt und vor allem die Entwicklungsländer in einen deutschen Sozialdemokraten setzen, der nun zum zweiten Mal die Friedensfähigkeit der Deutschen beweist.

Im Parlament wird Entwicklungspolitik mitdiskutiert und mitgetragen von Europa-, Haushalts und Wirtschaftspolitikern. Das heißt, Entwicklungspolitik muß auf neue und konkrete Art beweisen, daß sie verantwortliche Politik für das Wohl unserer Nation ist, die für die schwächeren Länder eintritt, weil sie auch von ihnen abhängt.

Der Bundeskanzler hat am 16. Dezember 1976 gesagt: "Unser Land ist zur Erhöhung seiner öffentlichen Entwicklungshilfe bereit, vor allem zugunsten der am meisten zurückgebliebenen Länder. Dies kommt in unseren haushaltsrechtlichen Verpflichtungsermächtigungen für die kommenden Jahre deutlich zum Ausdruck."

Die Bundesregierung steht zu ihrem Wort. Sie hat für 1978 die Steigerungsrate des Haushalts für die wirtschaftliche Zusammenarbeit auf 22 Prozent festgelegt und für die mittelfristige Finanzplanung jeweils doppelt so hohe Steigerungsrate wie beim Gesamthaushalt vorgesehen. Das Parlament hat darüber hinaus bewiesen, wie ernst es sein Recht, den Haushalt zu gestalten, nimmt. Es hat in einem Jahr den Haushalt des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit zweimal um insgesamt rund zwei Milliarden DM erhöht. 1978 wird es nun auch Möglichkeiten geben, die entwicklungspolitische Zusammenarbeit stärker konjunktur- und beschäftigungswirksam einzusetzen, ohne ihre hohe Qualität bei der Lieferungsgebundenheit einzuschränken.

Die Entwicklungspolitiker haben im nächsten Jahr mit weiteren Initiativen aus dem Parlament zu rechnen. Nach den Ergebnissen des Parteitags von Hamburg, auf dem sich alle Spitzenpolitiker der SPD zur Entwicklungspolitik bekannten, wird damit zu rechnen sein, daß das Parlament auf einen Stufenplan zur Erreichung des 0,7-Prozent-Ziels der Übertragung öffentlicher Mittel an die Entwicklungsländer sowie auf eine gesetzliche Grundlage über die Entwicklungszusammenarbeit drängt.

Die Bundesregierung wird sich auf diese Initiativen des Parlaments einstellen und ihren Sachverstand zur Verfügung stellen.

Entwicklungspolitik hat 1977 auch in anderen Bereichen neue Verbündete gefunden. Das neue Engagement der SPD ist bisher erst ein Schritt in Richtung auf ein breites grundsätzliches Interesse in unserer Partei. In unseren Parteiprogrammen sind ihre Grundlagen längst niedergeschrieben. Es gilt jetzt, sie ernst zu nehmen.

Die Frauenorganisationen in der Bundesrepublik, die Funktionärinnen des Deutschen Gewerkschaftsbundes haben ihr Interesse für diese wichtige Politik gezeigt und zugesagt, sie in ihrer Arbeit zu berücksichtigen. Wirtschaft und Gewerkschaften zeigen ein zunehmendes Interesse an den strukturverändernden Prozessen, die aus den Entwicklungsländern auf unsere Volkswirtschaft zurückwirken.

Wir haben begonnen, Entwicklungspolitik neu als eine menschenrechtsbezogene Politik zu definieren. Sie muß einen Mittelweg suchen zwischen der Empfindsamkeit junger souveräner Staaten und der Notwendigkeit, das durchzuführen, was entwicklungspolitisch sinnvoll ist, was also der Mehrheit der Menschen in den neuen Staaten nützt. Entwicklungspolitik muß aber kompromißlos sein in dem Grundsatz, daß Entwicklung nicht zugewiesen werden kann, daß sie aus den Bedürfnissen der Menschen selbst abgeleitet werden muß. Nur so ist Entwicklung demokratisch, nur so respektiert sie die Menschenwürde auch der Armen.

Wir haben deshalb in diesem Jahr neue konzeptionelle Schwerpunkte bei dem Versuch gesetzt, "den Menschen" mehr in den Mittelpunkt zu rücken, zum Beispiel bei der Förderung der Frauen, den Selbsthilfeorganisationen, der ländlichen Entwicklung. Diese Schwerpunktbildung wird im nächsten Jahr fortgesetzt mit einem Programm für die weiter fortgeschrittenen Entwicklungsländer, das es erlaubt, die knappen Mittel der Zusammenarbeit auf die ärmsten Länder und die ärmsten Gruppen zu konzentrieren.

Es ist 1977 gelungen, die Qualität der Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaft zu verbessern. In der zweiten Hälfte des nächsten Jahres wird die Bundesrepublik den Vorsitz in der EG zu einem Zeitpunkt innehaben, zu dem die Neuverhandlungen eines der wichtigsten Nord-Süd-Abkommen vorbereitet wird, die Fortschreibung des Lomé-Abkommens.

Wir werden weiter entwicklungspolitische Schwerpunkte setzen durch ein Sonderprogramm zur Ausbildung von Menschen im südlichen Afrika. Denn so lange der Konflikt dort besteht, wird das südliche Afrika auch ein Schwerpunkt der Entwicklungspolitik bleiben. Wir werden den Ausbau Berlins zu einem Zentrum entwicklungspolitischer Aktivitäten fortsetzen. Wenn sich die Vorstellungen der Haushalts- und Entwicklungspolitiker zu einem Südeuropa-Programm durchsetzen, wird Entwicklungspolitik in Zukunft auch dazu beitragen, Spanien, Portugal und Griechenland wirtschaftlich auf ihre Eingliederung in die Europäische Gemeinschaft vorzubereiten.

Der Nord-Süd-Dialog wird 1978 mit Schwergewicht bei den Verhandlungen über einen Gemeinsamen Fonds und die Verschuldung der Entwicklungsländer fortgesetzt. Auf beiden Seiten wird noch viel Arbeit geleistet werden müssen, bis sich Industrieländer und Entwicklungsländer in ihren Positionen näher kommen können. Die Vorbereitungen zur Dritten Entwicklungsdekade in den Vereinten Nationen haben begonnen. Hier werden sich Industrieländer und Entwicklungsländer auf ganz andere Dimensionen des Nachdenkens und Verhandeln einzustellen haben als in den beiden vorhergehenden Dekaden. Die Neuordnung der weltwirtschaftlichen Strukturen wird von den Entwicklungsländern auch für diesen Bereich als unverzichtbar angesehen.

Entwicklungspolitik ist dabei, eine Politik wie jeder andere zu werden. Sie verträgt weder unnötigen Edelmut noch den Anschein, wir handelten aus reinem Altruismus; sie verträgt aber auch nicht den Zynismus der reinen Geschäftemacherei auf Kosten anderer. Sie braucht die realistische Einstellung, die dem wirklichen Sachverhalt, der Abhängigkeit der Welt, entspricht.

(-/29.12.1977/vo-te/ja)

In der sachlichen Arbeit vorangekommen

Deutschlandpolitik weiterhin strikt im Interesse der Menschen machen

Von Egon Franke MdB

Bundesminister für Innerdeutsche Beziehungen

Das Jahr 1977 war ein Jahr, in dem

- die Arbeit an der Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten ohne große spektakuläre Aktionen zielstrebig und im Detail weiter fortgesetzt werden konnte;
- beide deutschen Seiten die Zeit genutzt haben, um ihre Beziehungen im fünften Jahr nach Abschluß des Grundlagenvertrages in Form einer Bestandsaufnahme zu analysieren.

Was geschah im einzelnen?

Das Jahr begann unfreundlich: Die DDR hatte den ARD-Korrespondenten Loewe ausgewiesen; sie hatte Straßenbenutzungsgebühren für Berlin (Ost) angeordnet; am 11. Januar wurden die Besucher der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik kontrolliert; die Zahl der Zurückweisungen von Besuchern nahm sprunghaft zu. Alles schien auf einen neuerlichen Tiefpunkt in unserem Verhältnis zur DDR hinzusteuern.

Mit Ausdauer und Beharrlichkeit gelang es trotzdem, auch 1977 in der sachlichen Arbeit der Verbesserung der Beziehungen schrittweise voranzukommen. Beispiele hierfür sind:

- Die Aufnahme neuer Verhandlungen zur Verbesserung der Verkehrswege nach Berlin (West) und über die Zusammenarbeit im Veterinärwesen.
- Die weitere Verbesserung des Telefonverkehrs und die Neuregelung der sog. Postpauschale.
- Die Einigung über den Neubau der Spandauer Schleuse in Berlin (West).

Das vergangene Jahr war aber weniger ein Jahr der neuen Vereinbarungen, sondern eine Zeit der Bestandsaufnahme und grundsätzlichen Analyse: Wo stehen wir in den innerdeutschen Beziehungen? Welche Sachbereiche sind zwischen uns und der DDR - bei Berücksichtigung der Interessen beider Seiten - zu verbessern?

Für viele Betrachter erscheint die Entwicklung der Beziehungen nicht frei von Widersprüchen:

Da bestehen einerseits die Grundunterschiede zwischen den Staaten und Gesellschaftsordnungen unverändert weiter fort, andererseits hat sich die Lage in Deutschland aufgrund der früheren Verträge verändert, und es wird weiter an einer positiven Veränderung gearbeitet. Es fahren heute jährlich über acht Millionen Menschen aus der Bundesrepublik Deutschland zu Verwandten, Bekannten oder als Touristen in die DDR. Jährlich gehen über elf Millionen Telefongespräche von West nach Ost. Und man redet in Bonn, in Berlin (West und Ost) und auch in Belgrad über weitere Verbesserungen für die Menschen.

Für 1978 werden die Schwierigkeiten nicht geringer werden. Worauf ist zu hoffen, woran ist zu arbeiten? Notwendig ist ein Vorankommen bei den kulturellen Beziehungen, bei den Fragen des Zahlungsverkehrs und der unregelmäßigen Vermögensfragen. Notwendig ist auch, daß Deutschlandpolitik weiterhin ganz strikt im Interesse der davon betroffenen Menschen gemacht wird und nicht als Ersatz für andere politische Probleme herhalten muß. Notwendig ist schließlich sachliche Arbeit.

(-/29.12.1977/bgy/ja)

+ + +

Bestehende Lücken im Verbraucherschutz schließen

Ausblick auf die Verbraucherpolitik im Jahre 1978

Von Dr. Anke Martiny MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Verbraucherpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Das Jahr 1978 wird für die Verbraucher wichtige Verbesserungen bringen. Sie werden besser informiert, besser geschützt und besser in ihren Interessen vertreten werden.

Gesetze, die in der 7. Legislaturperiode verabschiedet wurden, werden ab 1. Januar 1978 wirksam und verbraucherpolitische Entscheidungen, die im ersten Jahr nach der Regierungserklärung von Helmut Schmidt getroffen wurden, werden sich für den Verbraucher positiv auswirken.

Das am 1. Januar 1978 in Kraft tretende Gesetz zur Neuordnung des Arzneimittelrechts wird die Verbraucher besser vor schädlichen oder unwirksamen Arzneimitteln schützen. Dies geschieht u.a. durch ein Zulassungsverfahren, durch vorgeschriebene Kennzeichnung der Fertigarzneimittel und durch Gebrauchsinformationen auf den Packungsbeilagen. Die Werbung für Arzneimittel wird strengeren Regeln unterworfen. Die Hersteller von Arzneimitteln haften für alle Arzneimittelschäden auch ohne Verschulden. Die verschuldensunabhängige Produkthaftung wird hier im Arzneimittelbereich erstmals gesetzlich geregelt, um unzumutbare Risikoabwälzung auf die Verbraucher zu verhindern.

Teile des 1975 in Kraft getretenen Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetzes werden am 1. Januar wirksam. Es ist dann verboten, bei der Herstellung von Lebensmitteln nicht zugelassene Zusatzstoffe zu verwenden. Gleichzeitig tritt die Zusatzstoff-Zulassungsverordnung in Kraft, die auch die Kenntlichmachung bestimmter Zusatzstoffe regelt.

1978 wird das Verbraucherinstitut seine Arbeit aufnehmen können, nachdem im Haushaltsausschuß des Bundestages die notwendige Anfangsfinanzierung sichergestellt worden ist. Das Verbraucherinstitut wird durch Fortbildungsveranstaltungen für Verbraucherberatungskräfte und andere Multiplikatoren und durch die Erarbeitung von Materialien für die Verbraucherinformation und -bildung Mißstände in diesem Bereich ausräumen helfen.

Die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher, die Verbraucherzentralen mit ihren Beratungsstellen und die Stiftung Warentest werden ihre Anstrengungen auf dem Gebiet der Verbraucherinformation verstärken, insbesondere auch auf dem so wichtigen Gebiet der Energiesparmaßnahmen. Hierzu soll die Kennzeichnung des Energieverbrauchs an allen Haushaltsgeräten für die Verbraucher eine zusätzliche Hilfe sein.

Der Verbraucherschutzverein in Berlin wird die Interessen der Verbraucher vertreten, in dem er gegen irreführende Werbung und unzulässige Allgemeine Geschäftsbedingungen vorgeht und hartnäckige Unternehmen notfalls vor den Gerichten auf Unterlassung verklagt.

Die konsequente Anwendung bestehender Verbrauchergesetze wird in der nächsten Zeit sicher mit mehr Nachdruck als bisher betrieben werden müssen. Zusätzlich müssen jedoch bestehende Lücken im Verbraucherschutz durch neue Reformgesetze ausgefüllt werden.

Die in der Regierungserklärung angekündigten Gesetze, das Reiseveranstaltungsvertragsgesetz und die Regelung der Produkthaftung, liegen den Ausschüssen des Bundestages schon als Gesetzentwurf und als EG-Richtlinienvorschlag zur Beratung vor. Bei den Pauschalreiseverträgen ist der Verbraucher in einer besonders schwachen

Position, da er die Angebote vor Vertragsabschluß nicht prüfen kann. Es ist daher notwendig, die Rechte und Pflichten der Vertragsparteien mit der erforderlichen Genauigkeit gesetzlich zu regeln. Das Konditionenkartell der Reiseunternehmen schützt die Verbraucher nicht gegen unseriöse Unternehmen und enthält immer noch für die Verbraucher nachteilige Klauseln.

Der Richtlinienvorschlag der EG zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Haftung für fehlerhafte Produkte regelt das Programm der Haftung bei Fabrikations- und Entwicklungsfehlern mit der Einführung einer verschuldungsunabhängigen Produkthaftung des Herstellers. Das Risiko, durch ein neues oder ein zufällig fehlerhaftes Produkt geschädigt zu werden, trägt bisher der Verbraucher, da der Hersteller ohne Verschulden keinen Schadensersatz leisten muß. In Zukunft soll der Hersteller auch für diese Schäden haften.

Folgende weitere wichtige Verbraucherschutzgesetze liegen dem Bundestag als Entwurf vor: das Gesetz über den Widerruf bei Haustürgeschäften und ähnlichen Geschäften und das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über technische Arbeitsmittel (Maschinenschutzgesetz).

Der Schutz der Verbraucher vor allzu cleveren Vertretern an der Haustür oder auf Kaffeefahrten muß durch ein Widerrufsrecht auch für Barkäufe sichergestellt werden. Die vielfältige trickreiche Umgehung des Abzahlungsgesetzes machen eine schnelle Regelung erforderlich. Die Änderung des Maschinenschutzgesetzes ist notwendig, um unsichere und gefährliche Maschinen, Haushaltsgeräte und Spielzeug auch noch kontrollieren zu können und ihren Verkauf untersagen zu können, wenn sie sich bereits im Handel befinden. Bisher haben die Gewerbeaufsichtsämter nur Zugriffsmöglichkeit bei den Herstellern oder Importeuren.

Schließlich stehen noch so gewichtige Gesetze, wie das Kartellgesetz und das Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb für 1978, zur Novellierung an.

Im Kartellgesetz sollen insbesondere die Mißbrauchsaufsicht über marktbeherrschende Unternehmen und die Fusionskontrolle schärfer gefaßt werden. Die Verbraucherpolitiker werden sich dafür einsetzen, daß die unverbindliche Preisempfehlung verboten wird, da sie immer wieder mißbräulich angewendet wird, wie zuletzt den Möbelherstellern vom Kartellamt nachgewiesen wurde.

Zur Änderung des Gesetzes gegen unlauteren Wettbewerb liegt schon ein Referentenentwurf aus dem Bundesjustizministerium vor, der so wichtige Verbesserungen für die Verbraucher vorsieht, wie einen Schadensersatzanspruch und ein Rücktrittsrecht bei unlauterer Werbung.

Bis zur Verabschiedung dieser Gesetze werden noch einige Widerstände zu überwinden sein. Es wird sich jedoch zeigen, daß die sozialliberale Koalition die Interessen der Verbraucher bei ihren Bemühungen um die Sicherung von Arbeitsplätzen und die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen nicht aus den Augen verliert.

(-/29.12.1977/bgy/ja)